



STELLUNGNAHME

HIN ZU EINER DIGITALEN UNION - UNSERE PROGRESSIVE VISION

*EIN DYNAMISCHES, GEBILDETES UND
KREATIVES EUROPA*

In junge Menschen und Bildung investieren

Datum: 21/05/2016



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
T +32 2 284 2111
F +32 2 230 6664
www.socialistsanddemocrats.eu

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
HIN ZU EINER DIGITALEN UNION: MEHR ALS NUR EIN MARKT ODER EINE AGENDA	5
1. Anpassung der sich wandelnden industriellen und innovativen Basis des digitalen Europas.....	6
2. Digitale Arbeitsplätze für alle	10
3. Investitionen in eine digitale Union: Infrastruktur, elektronische Behördendienste, digitale Kompetenzen.....	14
3.1 Einführung einer Breitband-Infrastruktur und Investitionen.....	14
3.2 In digitaler Hinsicht inklusive und moderne öffentliche Verwaltungen.....	15
3.3 Von der Schule zu den Kompetenzen – IKT-Lebenskompetenzen für alle	17
4. Schaffung eines digitalen, vertrauenswürdigen, fairen und verantwortungsvollen EU-Rechts.....	19
4.1 Schaffung einer vertrauenswürdigen digitalen Union	19
4.2 Zugang zu einem erschwinglichen und offenen Internet	21
4.3 Ein gerechterer digitaler Binnenmarkt für die Verbraucher und Bürger.....	22
4.4 Die Regeln der realen Welt sind auch in der digitalen Welt zu beachten.....	23
4.5 Anpassung der Rechtsvorschriften an die digitale Welt.....	24
4.6 Förderung einer tragbaren, inklusiven und umfassenden digitalen Politik	25
SCHLUSSFOLGERUNGEN	26

EINLEITUNG

Die Europäische Union erlebt gerade eine digitale Revolution, die sich auf unser politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles Leben sowie auf unseren Alltag auswirkt. Als Europäische Sozialdemokraten begrüßen wir die Chancen, die diese Revolution allen europäischen Bürgern bietet, und sind gewillt, mögliche Herausforderungen zu meistern. Neue technologische Entwicklungen müssen dazu beitragen, soziale Ungleichheiten und Diskriminierungen abzubauen, Arbeitsplätze zu schaffen und Offenheit, Fairness, Transparenz, Nachhaltigkeit und Rechenschaftspflicht in unserer Gesellschaft fördern.

Das Internet ermöglicht eine offenere Kommunikation und einen besseren Zugang zu Informationen; es leistet dadurch einen Beitrag zu einer zunehmend partizipativen globalen Gemeinschaft. Es ist nicht mehr nur eine technische Plattform: Es ist ein Motor für soziale, kulturelle und technologische Innovationen. Das Internet und die Digitalpolitik müssen zum Wohle aller sein, die gesellschaftliche und bürgerschaftliche Teilhabe stärken und unsere Lebensqualität verbessern. Aus diesem Grund muss die Digitalpolitik der EU sorgfältig überprüft werden, damit alle Europäer vom Wachstum der digitalen Wirtschaft profitieren können. Die Fähigkeit der Europäischen Union, die Wirtschaftskrise zu überwinden, und ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit werden in großem Maße davon abhängen, ob es ihr gelingt, eine ambitionierte digitale Strategie zu fördern und umzusetzen und bei der Entwicklung von digitalen Inhalten eine führende Position einzunehmen.

Für die meisten Europäer ist die Verwendung dieser Kommunikationsform und der Zugang zu neuen Informationsquellen aus ganz Europa und darüber hinaus bereits ein integraler Teil ihres täglichen Lebens. Durch das Internet ändert sich die Art und Weise, wie wir leben, lernen, arbeiten und kommunizieren. Es ist wichtig, die Geschwindigkeit des digitalen und technologischen Wandels positiv zu bewerten, ein besseres Verständnis für die potenziellen Risiken im Zusammenhang mit der Digitalisierung zu entwickeln und sicherzustellen, dass diese Revolution unseren Bürgern und unserer Wirtschaft tatsächlich dient, damit jeder von ihr profitieren kann.

Die S&D-Fraktion möchte sicherstellen, dass die Digitalisierung ein Instrument ist, das mit unseren grundlegenden Werten vereinbar ist und diese respektiert, insbesondere den Schutz der Freiheit, der Justiz, des Pluralismus, der Zugänglichkeit und der Solidarität. Sie muss in einer Weise entwickelt werden, die dazu beiträgt, dass Gemeinschaften prosperieren, und sie muss die Menschenwürde, die Selbstbestimmung, die Rechtsstaatlichkeit, die Privatsphäre, die ethnische und kulturelle Vielfalt, die Meinungsfreiheit und die Demokratie fördern.

Wir sind der Auffassung, dass Europa eine ausgewogene Digitalpolitik braucht, damit sichergestellt ist, dass grundlegende Werte geachtet werden. Aufgrund der Modernisierung und der potenziell disruptiven Natur der Digitalisierung, muss die Digitalpolitik so gestaltet sein, dass Europa sein tatsächliches Potenzial verwirklicht und sichergestellt ist, dass die digitalen Chancen allen Menschen offenstehen und nicht nur den Mächtigen und Wohlhabenden. Die Vorteile der digitalen Wirtschaft müssen allen unseren Gemeinschaften insgesamt zu Gute kommen, sowohl in Europa als auch weltweit. Wir müssen in unserer Gesellschaft die schwächeren und benachteiligten Bürger, die digitale Analphabeten sind, unterstützen, den Zugang zu digitalen öffentlichen Diensten in abgelegenen Gebieten verbessern und sicherstellen, dass Bürger (insbesondere Menschen mit Behinderungen), die keinen Zugang zum Internet haben, nicht zurückgelassen werden.

Die Digitalisierung ist außerdem ein Hilfsmittel zur Verwirklichung von Nachhaltigkeit und nachhaltigem Wachstum. Lösungen im Bereich der intelligenten Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) werden Länder, Regionen, Städte, ländliche Gemeinschaften, Unternehmen und Bürger in ganz Europa miteinander vernetzen und die Lebensqualität unserer Bürger auf ressourceneffiziente Weise verbessern. Da die digitale Politik bereichsübergreifend ist und viele Politikbereiche betrifft, darunter den Binnenmarkt und die Industriepolitik, fordert unsere Fraktion alle politischen Entscheidungsträger, Gewerkschaften, Sozial- und Kulturpartner, die Zivilgesellschaft und die Unternehmer dazu auf, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass die verschiedenen Aspekte der digitalen Wirtschaft mit unseren sozialdemokratischen Werten und unserer Vision im Einklang stehen. Die auf europäischer Ebene ergriffenen politischen Maßnahmen müssen den jüngsten Innovationen Rechnung tragen und

sicherstellen, dass sie die Grundlagen für die Errichtung einer gut funktionierenden, inklusiven digitalen Gesellschaft in Europa und weltweit schaffen.

HIN ZU EINER DIGITALEN UNION: MEHR ALS NUR EIN MARKT ODER EINE AGENDA

Die Digitalisierung wird mit neuen Chancen für die europäischen Bürger in Form von neuen Fertigkeiten, Arbeitsplätzen und eines Wirtschaftswachstums einhergehen. Sie könnte zur langersehnten Konjunkturbelebung in Europa beitragen und die interne und externe Wettbewerbsfähigkeit der EU verbessern. Gleichzeitig führt die Digitalisierung zu einer Unterbrechung traditioneller politischer Prozesse und Geschäftsmodelle. Als politischer Entscheidungsträger erkennt die S&D-Fraktion dies an und setzt sich dafür ein, die Digitalisierung zu einem Instrument zu machen, mit dem unsere Werte und politischen Prioritäten vorangetrieben werden, um eine gerechtere, inklusivere und dynamischere Gesellschaft zu errichten, in der individuelle Rechte geschützt werden.

Wir möchten, dass das Wachstum der digitalen Gesellschaft in Europa zu mehr europäischer Forschung und Innovation, mehr Investitionen in Arbeitsplätze und mehr Kreativität und Unternehmen in der gesamten EU führt. Europa muss diese Gelegenheit nutzen, um hochmoderne Bildungssysteme und bessere Arbeitsschutznormen zu entwickeln, die Ressourcen- und Energieeffizienz zu verbessern, die Energieunion zu fördern und die Gleichstellung der Geschlechter und den gleichberechtigten Zugang von marginalisierten Gruppen und von Menschen mit Behinderungen voranzubringen. Wir fordern eine angemessene Unterstützung für technologische Entwicklungen, die die Bürger in die Lage versetzen, zusammenzuarbeiten und Ressourcen auf intelligente Weise gemeinsam zu nutzen, um IKT-Instrumente für eine bessere und nachhaltigere Gesellschaft zu schaffen.

Anders als bei ihrer zurückliegenden "digitalen Agenda" sollte die Kommission nicht nur darauf abzielen, ambitionierte Ziele vorzugeben. Unsere Fraktion spricht sich für eine digitale Strategie aus, in der klare legislative und finanzielle Wege vorgeschlagen

werden, und hat die Absicht, diese Ziele zu erreichen, um die digitale Union zu verwirklichen.

Da sich die digitale Welt weiter entwickelt und die Politik auf den neuesten Stand gebracht werden muss, wird die S&D-Fraktion ihre Prioritäten und ihre Strategie im Auge behalten. Momentan sind folgende vier Bereiche hervorzuheben:

- 1. Anpassung der sich wandelnden industriellen und innovativen Basis des digitalen Europas**
- 2. Digitale Arbeitsplätze für alle**
- 3. Investitionen in eine digitale Union: Infrastruktur, elektronische Behördendienste und digitale Kompetenzen**
- 4. Schaffung eines digitalen EU-Rechts, das vertrauenswürdig, fair und verantwortungsvoll ist**

1. Anpassung der sich wandelnden industriellen und innovativen Basis des digitalen Europas

Europa muss die Rahmenbedingungen für innovative Branchen und Unternehmen verbessern, indem es die unternehmerische Tätigkeit in Europa fördert, die digitale Wirtschaft entwickelt und die Investitionen in feste und mobile Breitbandnetze erhöht.

Die Änderungen, die das digitale Zeitalter mit sich bringt, bedeuten für einige traditionelle Branchen das Aus, während gleichzeitig neue Branchen entstehen. Aus diesem Grund müssen vor allem auf EU-Ebene neue Gesetze ausgearbeitet werden, um der grenzübergreifenden Dimension des digitalen Ökosystems und der digitalen Wirtschaft Rechnung zu tragen. Die Europäische Union muss industriepolitische Maßnahmen entwickeln, die sowohl neue digitale Innovationen als auch das traditionelle produzierende Gewerbe unterstützen. Die Fähigkeit, individualisierte und nachhaltige Produkte von hoher Qualität herzustellen, könnte wesentlich dazu

beitragen, der Reindustrialisierung Schwung zu verleihen und gleichzeitig neue Arbeitsplätze in Europa zu schaffen.

Die Digitalisierung stellt traditionelle Wertschöpfungsketten auf den Kopf und verändert die Interaktionen zwischen Herstellung und Dienstleistungen. Damit unsere europäischen Akteure bei dieser Transformation eine führende Rolle spielen können, fordert die S&D-Fraktion eine zusätzliche Unterstützung für die Digitalisierung traditioneller Branchen, um diese auf die Aufgaben und Anforderungen der Zukunft (der so genannten "Industrie 4.0") vorzubereiten. Diese Unterstützung sollte sich auch auf Kleinunternehmen sowie auf kleine und mittlere Unternehmen ("KMU") konzentrieren, da sich viele dieser Unternehmen noch in der Anpassungsphase befinden und möglicherweise einer zusätzlichen Unterstützung bedürfen.

Es sollten mehr digitale Start-ups geschaffen und in Europa gehalten werden, wofür günstige Rahmenbedingungen erforderlich sind, sowie neue Finanzierungsquellen, Unterstützung für Unternehmen, eine gerechtere Besteuerung, europaweit einheitliche Interoperabilitätsstandards, solide digitale Kompetenzen und eine umfassendere Unternehmenskultur. Unsere Fraktion wird sich für eine engere Zusammenarbeit von bereits bestehenden Unternehmen und neuen Start-ups einsetzen, die ein integriertes und wettbewerbsfähiges neues Modell der "digitalen Herstellung" vorantreiben könnten. Zur Unterstützung von Start-ups sollten die Kommission und die Mitgliedstaaten die Entwicklung von Innovationszentren fördern, also geografischer Orte, an denen sich Kompetenzen und Unternehmen konzentrieren und neue Arbeitsplätze und Möglichkeiten geschaffen werden. Ferner müssen wir dafür sorgen, dass optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen geschaffen werden, die es Start-ups und Kleinunternehmen ermöglichen, ihre Geschäftstätigkeit auszubauen. Um dies sicherzustellen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Förderprogramme für Start-ups entwickelt werden, die dafür sorgen, dass den Start-ups Zeit und Räumlichkeiten für die Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle zur Verfügung gestellt werden.

Wir müssen dafür sorgen, dass aus dem hohen EU-Schutz für Branchen und Endverbraucher ein greifbarer Wettbewerbsvorteil wird. Europa muss die Innovationslücke schließen und das Entstehen neuer europäischer Branchenchampions im digitalen Bereich fördern. Die europäischen Unternehmen müssen ihre Wissensbasis im Bereich der Spitzentechnologien weiterentwickeln, etwa in Bezug auf das Internet der Dinge, Big Data, Cloud-Computing und 3D-Druck, sowie

in Bezug auf bahnbrechende Möglichkeiten, wie Digitalisierung unseres kulturellen Erbes, Medien, Erziehungswesen, elektronische Gesundheitsdienste und Technologien für Spiele. Europa muss auch bei der Festlegung seines eigenen Ansatzes eine Rolle spielen, indem es Spitzenleistungen in der Herstellung mit digitalen Lösungen kombiniert, die der Datensicherheit und dem Schutz personenbezogener Daten und generell den potenziellen (positiven und negativen) Auswirkungen dieser digitalen Innovationen und industriellen Anwendungen auf die Gesellschaft Rechnung trägt. Was die IKT-Herstellungsbranche betrifft, sollte Europa innovative digitale Herstellungssektoren unterstützen, wie etwa die Herstellung von Kabeln (sei es Kupfer- oder Glasfaserkabel, einschließlich großer Unterwasserkabel), Netzwerkausrüstungen und "Chip-and-pin"-Karten sowie Mikrochips, die wichtige Bestandteile der künftigen digitalen Maschinerie sind.

Die Digitalisierung trägt auch dazu bei, den ökologischen Fußabdruck unseres Schaffens zu verringern. Sie erleichtert die Netzwerke, Partnerschaften und Handlungen, die wir brauchen, um in einer komplexen und vernetzten Welt Dinge zu erledigen. In der Wirtschaft werden Geschäftsmodelle entwickelt, die nicht mehr allein auf physischen Produkten basieren, sondern auch auf Geschäftsmodelle ausgerichtet sind, die auf Dienstleistungen basieren. Es müssen intelligente Lösungen gefunden werden, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit Klimawandel, Umwelt und Verkehrs- und Energiepolitik zu bewältigen, die Umweltperformance zu verbessern, die Energieeffizienz zu erhöhen, die Energiearmut zu beseitigen und das nachhaltige Ressourcenmanagement zu verbessern. IKT-gestützte Anwendungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Materialien in den Phasen Produktion, Verwendung und Ende der Lebensdauer sollten aktiv gefördert werden. Dieses Prinzip sollte auch für den Fußabdruck von IKT-bezogenen Materialien und Geräten wie Datenzentren und Smartphones gelten.

Die Kommission sollte ferner ihre Bemühungen zur Schaffung einer funktionsfähigen und vertrauensvollen Umgebung für die grenzübergreifende Forschung und Entwicklung (FuE) und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen fortsetzen. Europäische Maßnahmen wie das System der staatlichen Beihilfen und das Forschungsprogramm "Horizont 2020" sollten sorgfältig eingesetzt werden. Die finanziellen Hilfen sollten auf

die Unterstützung innovativer IKT-Lösungen, insbesondere für KMU, abzielen. Die Regionen müssen sich auf ihre produktiven Stärken konzentrieren und durch intelligente Spezialisierung, intelligente Ketten und Cluster Entwicklungen fördern. Die europäische Zusammenarbeit muss verstärkt werden, um die EU-weite Wertschöpfungskette zu stabilisieren.

Da Industrie und Forschung global vernetzt sind, wird zudem die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten zwischen Unternehmen erforderlich sein. Der grenzübergreifende Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums muss geklärt werden. Die europäischen Unternehmen müssen ferner mehr denn je vor digitaler Industriespionage, digitalem Diebstahl und digitaler Sabotage geschützt werden. Die Standardisierung von Komponenten, darunter auch die strenge Standardisierung von Datenströmen und Verarbeitungstechnologien wird ebenfalls von zentraler Bedeutung sein.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

- sich für eine engere Zusammenarbeit von bereits bestehenden Unternehmen und neuen Start-ups einzusetzen, die ein integriertes und wettbewerbsfähiges neues Modell der "digitalen Herstellung" vorantreiben könnten
- Programme zur Beschleunigung von Start-ups zu fördern, die es Start-ups ermöglichen, zu wachsen und sich zu entwickeln
- die Entwicklung von Innovationszentren zu fördern, also geografischer Orte, an denen sich Kompetenzen und Unternehmen konzentrieren und neue Arbeitsplätze und Möglichkeiten geschaffen werden
- Technologiezentren in weniger industrialisierten Regionen Europas zu schaffen, um regionale Disparitäten abzubauen, die weiträumige Verbreitung von Innovationen zu unterstützen und für Start-ups und KMU aus allen Regionen Europas einen Zugang zu Informationen zu gewährleisten

- offene Standards zu unterstützen, um zur kollektiven Arbeit in Bezug auf Innovationen beizutragen. Durch zugängliche Quellcodes und offene Zugänge werden Innovationsprozesse beschleunigt und Forschung und Entwicklung verbessert. Interoperabilität, Offenheit, Unabhängigkeit, Technologieneutralität und Übertragbarkeit sollten bei der Entwicklung neuer Ideen, Produkte oder Dienstleistungen als Sponsoren und Innovationsmotoren gefördert werden.
- der Entwicklung von europäischen Interoperabilitätslösungen und -rahmen Vorrang einzuräumen und dafür zu sorgen, dass europaweite Interoperabilitätsstandards vereinbart werden
- die europäischen Bemühungen um eine Digitalisierung seines immensen Kulturerbes zu beschleunigen und das Kulturerbe für alle zugänglich zu machen. Für den Kultursektor ist es von entscheidender Bedeutung, dass jede von den neuen Technologien gebotene Chance genutzt wird, insbesondere bei der Entwicklung kultureller Produkte und der Inanspruchnahme von Finanzmitteln, die im Rahmen des Programms "Kreatives Europa" (2014-2020) bereitgestellt werden.
- dafür zu sorgen, dass die IKT nachhaltiges Wachstum fördert, die Lebensqualität verbessert, dem Problem des Klimawandels und der Energieeffizienz Rechnung trägt, eine kohärente, umweltfreundliche und nachhaltige FuE, Verwendung und Entsorgung von IKT-Geräten fördert und deren Lebenszyklus verlängert, soweit dies ökologisch effizient ist.

2. Digitale Arbeitsplätze für alle

Am Arbeitsplatz steht die Digitalisierung für die Chance auf zahlreiche neue Arbeitsstellen und auf Wachstum durch Innovation. Europa muss bei der Entwicklung neuer, intelligenter und attraktiver Arbeitsplätze, an denen Menschen reibungslos mit Informations- und Kommunikationstechnologien zusammenarbeiten, eine weltweit führende Rolle einnehmen.

Doch es wird sich nicht jeder Arbeitnehmer schnell genug anpassen können. Die Technologie in der EU verändert sich ständig, was zu erheblichen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führt. Es wird dringend eine aktive Industriepolitik benötigt, mit der die erforderlichen Anpassungen vorgenommen und die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt im Einklang mit der zunehmenden Komplexität und der anhaltenden Automatisierung und Robotisierung angegangen werden können. Die anhaltende Automatisierung und Robotisierung hat unmittelbare Folgen für unsere Arbeitskräfte. Wir müssen mehr in das Wissen investieren, wie die Automatisierung und Robotisierung genutzt werden können, um die Lebensqualität sowie die Qualität der Beschäftigung zu verbessern. Ferner sollten wir prüfen, wie diese anderen Informations- und Kommunikationstechnologien verwendet werden können, um Arbeiten auf bessere und sicherere Weise zu verrichten, die Produktivität zu erhöhen und Chancen zu nutzen, monotone Arbeiten sowohl in großen Unternehmen als auch in KMU durch hochwertigere und anspruchsvollere Arbeiten zu ersetzen.

Die Zunahme neuer Beschäftigungsformen, wie die IKT-gestützte mobile Arbeit, und das Crowdsourcing bieten eine Chance für die Arbeitnehmer, da sie zu einer stärkeren Unabhängigkeit und Flexibilität bei der Koordinierung von Privat- und Arbeitsleben führen können.

Gleichzeitig sehen andere die digitale Wirtschaft als Bedrohung für traditionelle Arbeitsplätze in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe. Durch sie wird es auch einfacher, sichere Arbeitsplätze in unsichere Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, und sie stellt die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vor große Herausforderungen. Dies ist auch eine zusätzliche neue Herausforderung für ältere Frauen und Männer, die im späteren Leben wieder in das Berufsleben einsteigen. Wir müssen dafür sorgen, dass dies in künftigen strategischen Rahmen berücksichtigt und diese Herausforderung möglichst abgeschwächt oder zumindest bewältigt wird.

Da unsere Fraktion sicherstellen will, dass diese Technologien dazu beitragen können, nachhaltige und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, fordern wir die Kommission auf, die qualitativen und quantitativen Folgen der digitalen Wirtschaft für die Beschäftigung zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen, um sie so zu gestalten, dass sie für die Arbeitnehmer von Vorteil ist. Wir fordern insbesondere mehr Forschungen im Bereich neuer Beschäftigungsformen und eine Untersuchung, wie die Qualität der Arbeitsplätze im Rahmen eines derartigen Wandels gewährleistet werden kann. Ferner

schlagen wir eine Aussprache zwischen den Mitgliedstaaten über notwendige Anpassungen der Sozialversicherungssysteme und über die Ausweitung des Arbeitsrechts auf neue und zunehmende Beschäftigungsformen vor, damit in neuen Beschäftigungsverhältnissen ein hohes Schutzniveau für die Arbeitnehmer erreicht wird. Es müssen auch Aussprachen zwischen den Sozialpartnern geführt werden, wie der soziale Dialog und die Tarifverhandlungen modernisiert und an die neuen Beschäftigungsformen angepasst werden können.

Wenn Europa nicht die Führung bei der Entwicklung innovativer Beschäftigungsformen übernimmt, könnten diese Entwicklungen auf lange Sicht die Sozialhilfesysteme und die Qualität der Beschäftigung in Europa belasten, indem geltende Tarifverhandlungsverfahren, die Einnahmen in Steuer- und Sozialversicherungssystemen sowie die Arbeitnehmerrechte und die Mechanismen für die Mitwirkung der Arbeitnehmer untergraben werden.

Schätzungen zufolge werden im Jahr 2020 für 90 % der Arbeitsplätze in der EU digitale Kompetenzen erforderlich sein. Wir fordern die Kommission auf, unsere Arbeitskräfte durch die Finanzierung von Schulungen und Fortbildungen zu unterstützen und darauf vorzubereiten, diese neue Chance zu ergreifen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen sich darum bemühen, das Kompetenzniveau anzuheben und die junge Generation stärker dafür zu interessieren, ihr neues Wissen zu nutzen, um sich an das neue Arbeitsumfeld anzupassen. Auch müssen Schulungen zu unternehmerischen Fähigkeiten angeboten werden, um die kreative und innovative Umsetzung dieser Fähigkeiten zu fördern. Die Einnahmen bzw. „digitale Dividende“ aufgrund der Zunahme der digitalen Produktivität sollten entlang der Wertschöpfungskette auf gerechte Weise aufgeteilt, neu investiert und verwendet werden, um öffentliche und private Investitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu tätigen, und zwar vorrangig in den Bereichen Sozial- und Gesundheitsdienste oder sonstige öffentliche Dienste, in denen mehr Kompetenzen benötigt werden.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

- die qualitativen und quantitativen Folgen der digitalen Wirtschaft für die Beschäftigung durchgehend zu prüfen, da die digitale Dividende aufgrund der Zunahme der digitalen Produktivität allen und nicht nur den Arbeitgebern zugute kommen sollte,
- unsere Arbeitskräfte durch die Finanzierung von Schulungen und Fortbildungen sowie des lebenslangen Lernens zu unterstützen und darauf vorzubereiten, diese neue Chance zu ergreifen,
- mehr Forschungen im Bereich neuer Beschäftigungsformen zu betreiben und zu untersuchen, wie die Qualität der Arbeitsplätze im Rahmen eines derartigen Wandels gewährleistet werden kann,
- den Sozialpartnern nahezu legen, im Rahmen dieses digitalen Wandels der Wirtschaft und der Arbeitsplätze eine Brücke zu bauen, indem insbesondere grundlegende Unterstützungs- und Beratungsdienste für Arbeitnehmer und hilfsbedürftige Menschen angeboten werden,
- dafür zu sorgen, dass durch den Übergang zu einem digitalen Arbeitsumfeld nicht die Arbeits- und Beschäftigungsnormen der EU untergraben werden,
- mit den Sozialpartnern geeignete Methoden für den Umgang mit neuen und zunehmenden Beschäftigungsformen sowie mögliche Anpassungen zur Modernisierung der Sozialversicherungssysteme, des Arbeitsrechts, des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen zu erörtern, wobei gleichzeitig ein hohes Schutzniveau für die Arbeitnehmer gewährleistet werden muss,
- ein stärkeres und widerstandsfähigeres EURES zu fördern und die innergemeinschaftliche gerechte Mobilität der Arbeitnehmer sowie ihre Vorteile zu unterstützen.

3. Investitionen in eine digitale Union: Infrastruktur, elektronische Behördendienste, digitale Kompetenzen

Die EU muss investieren, wenn sie auf derselben Ebene mit den anderen globalen Wirtschaftsteilnehmern in der digitalen Wirtschaft in Wettbewerb treten will. Die Kommission sollte digitalen Strategien mit anderen Strategien wie der Energieunion und dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) verknüpfen. Ferner sollte sie darauf bestehen, dass durch die Strategien die Modernisierung der Infrastruktur zur Gewährleistung der Konnektivität, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen und die Bereitstellung digitaler Kompetenzen unterstützt werden.

3.1 Einführung einer Breitband-Infrastruktur und Investitionen

Unsere Fraktion unterstützt weiterhin das Ziel schneller Breitbandanschlüsse für alle Bürger und von Hochgeschwindigkeitsanschlüssen für mindestens die Hälfte aller EU-Bürger bis 2020. Genauer gesagt sollten bis 2020 für alle Europäer – ungeachtet ihres Wohnortes und vor allem in unseren ländlichen Gemeinden und den Gemeinden in Randlage – 30 Mbit/s zur Verfügung stehen. Mehr als die Hälfte aller Haushalte in Europa sollte Zugang zu mindestens 100 Mbit/s haben. Außerdem muss Europa EU-Normen für die hochmodernen Generationen 4G+ und 5G festlegen und dafür sorgen, dass die EU eine führende Rolle einnimmt.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Vorschriften über staatliche Beihilfen zu überarbeiten, damit weitere Mittel in Breitband-Festnetze und -Mobilfunknetze sowie in die Einführung der Generation 4G investiert werden können. Ferner fordern wir auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten mehr Investitionen in die Forschung und Entwicklung in den Bereichen IT-Sicherheit sowie moderne Verschlüsselungstechnologien. Die EU muss dabei helfen, Strategien für öffentliche und private Investitionen zu erarbeiten, um die nationalen Investitionspläne aufeinander abzustimmen, für ausgezeichnete Forschungsleistungen im Bereich IKT zu sorgen und eine neue Wachstums- und Beschäftigungswelle in Verbindung mit neuen digitalen Investitionen auszulösen.

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen bietet die Gelegenheit für koordinierte Investitionen in ganz Europa, in deren Rahmen eine neue Rolle für Europa bei der digitalen Innovation und auf dem Markt für Produkte, Betriebssysteme und Dienstleistungen entwickelt wird.

Investitionen in die Konnektivität sind potenziell ein Instrument für die Annäherung. Sie müssen inklusiv und gerecht sein und alle ländlichen, entlegenen und benachteiligten Regionen sowie die Regionen in äußerster Randlage abdecken, damit alle EU-Bürger, Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen, Schulen und sonstigen Organisationen in den Genuss von Hochgeschwindigkeitsanschlüssen kommen. Im Fall eines Marktversagens sollten über alle EU-Instrumente, wie den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und die Kohäsions- und Investitionsfonds (Kohäsionsfonds, EFRE, ELER, ESF), staatliche Beihilfen und Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

- der Nutzung öffentlicher und privater Finanzmittel für eine inklusive digitale Infrastruktur mit Hochgeschwindigkeitsanschlüssen für alle in allen Regionen der Europäischen Union, auch in ländlichen und entlegenen Regionen, Priorität einzuräumen.

3.2 In digitaler Hinsicht inklusive und moderne öffentliche Verwaltungen

Unsere Fraktion drängt auf die Modernisierung der einzelstaatlichen und europäischen öffentlichen Verwaltungen, wobei mit den elektronischen Behördendiensten und der elektronischen Demokratie begonnen, der Schwerpunkt jedoch auch auf Bereiche wie das digitale öffentliche Beschaffungswesen, die digitalen Gesundheitsdienste, digitale Personenstandsregister, die öffentlichen Verkehrsmittel, die elektronische

Rechnungslegung und das digitale Rechtswesen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten gelegt wird. Im öffentlichen Sektor müssen elektronische öffentliche Verwaltungen mit uneingeschränktem Zugang entwickelt werden, die auch Bürgern zur Verfügung stehen, die in entlegenen Regionen leben oder eine Behinderung haben. Die Digitalisierung sollte dazu beitragen, Verwaltungsverfahren und die Rechtsprechung effizienter zu gestalten und die Verwaltungskosten ohne Einbußen bei der Qualität der Dienste für die Bürger und Unternehmen weiter zu senken. Die Regierungen und die Kommission sollten ferner prüfen, ob die Rechtsvorschriften „in digitaler Hinsicht modern“ sind, und die Folgen abschätzen, falls dies nicht so ist. Unsere Fraktion wird weiterhin darauf drängen, dass elektronische öffentliche Verwaltungsdienste auch den Bürgern zur Verfügung stehen, die in einen anderen EU-Mitgliedstaat als ihren Heimatstaat reisen oder dort leben, indem für die grenzüberschreitende Interoperabilität der elektronischen Identifizierung gesorgt wird.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

- die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors zu fördern und zu unterstützen,
- allen EU-Bürgern einen einfachen und umfassenderen Zugang zu elektronischen Verwaltungsverfahren zu ermöglichen und für die grenzüberschreitende Interoperabilität elektronischer Identifizierungssysteme zu sorgen,
- die Chance der Massendatentechnologie zu nutzen, um öffentliche Datenquellen zu verbessern, den Bürgern die Möglichkeit einzuräumen, sich mit öffentlichen Verwaltungen zu verbinden, und intelligente und nachhaltige Lösungen in Bereichen wie den öffentlichen Verkehrsmitteln, intelligenten Städten, der Agrarpolitik und der Meerespolitik zu entwickeln,
- die Digitalisierung in der EU und in den einzelstaatlichen öffentlichen Verwaltungen zu fördern, damit diese kosteneffizienter und in digitaler Hinsicht modern werden.

3.3 Von der Schule zu den Kompetenzen – IKT-Lebenskompetenzen für alle

Unsere Fraktion bevorzugt Maßnahmen, mit denen die immer größere digitale Kluft beim Zugang zum Internet und bei den digitalen Kompetenzen geschlossen werden soll, um alle Bürger einzubinden und ihren ungeachtet ihres Einkommens, ihrer sozialen Situation, einer Behinderung, der geografischen Lage, ihrer Gesundheit, ihres Alters, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Ausrichtung das Recht auf Informationen zu gewähren. Im digitalen Zeitalter müssen die EU-Bürger Strategien für die „Vereinbarkeit des digitalen Arbeits- und Privatlebens“ ergreifen, um auf ausgeglichene und vorteilhafte Weise mit digitalen Technologien arbeiten und leben zu können.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten insbesondere Maßnahmen festlegen und sich über bewährte Verfahren austauschen, um Schulungen im Bereich digitaler Kompetenzen für Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Bürger (insbesondere für Kinder, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen) zu unterstützen und Modelle für das IT-gestützte Lernen sowie Bildungsplattformen verbessern (wobei ein besonderes Augenmerk auf Instrumente zu legen ist, mit denen Mädchen bereits im frühen Alter einbezogen werden).

Digitale Kompetenzen und die digitale Kodierung müssen in der Schule allen Kindern beigebracht werden und sollten in die einzelstaatlichen Lehrpläne aufgenommen werden. Diese Kompetenzen werden es unseren Kindern ermöglichen, kreativ zu sein und sich in unserer digitalen Gesellschaft zurechtzufinden. Außerdem werden diese Kompetenzen unseren Kindern dabei helfen, sich zu schützen.

Zur Förderung des Zugangs zu digitalen Kompetenzen wollen wir, dass alle Menschen offenen und barrierefreien Zugang zu digitalen Bildungsmedien haben. Offene Bildungsressourcen und die Weiterentwicklung digitaler Lern- und Lehrmaterialien mit kostenlosen Lizenzen könnten entscheidend zur Verwirklichung von Chancengleichheit

in der Bildung beitragen. Dies wird auch vom Europäischen Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (Erasmus+) nachdrücklich unterstützt.

Darüber hinaus sollten alle Generationen befähigt werden, die Möglichkeiten der digitalen Welt auf unabhängige, kritische und verantwortungsvolle Weise zu nutzen und sich vor Missbrauch oder damit verbundenen Risiken zu schützen. Die EU-Bürger müssen für ihre digitalen Rechte sensibilisiert werden. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind aufgrund der schnelleren Innovationszyklen der Digitalisierung entscheidend geworden. Cyber-Mobbing, Betrug, Kontaktaufnahmen über das Internet, Hassreden, Hassverbrechen und Belästigung sind zunehmende Bedrohungen für gefährdete Bürger in der Online-Gemeinschaft und haben das Internet vor allem immer unsicherer gemacht.

Online-Kommunikationsplattformen und das Internet allgemein sollten in künftigen strategischen Rahmen gefördert werden, um diese Probleme anzugehen und auf berechtigte Beschwerden über Verhalten im Internet wie Drohungen, Mobbing oder Belästigung zu reagieren.

Schließlich ist die Digitalisierung insgesamt ein Instrument, das Entwicklungsländern dabei helfen könnte, der Armut zu entkommen. Die S&D-Fraktion wünscht sich ein Entwicklungsziel für digitale Kompetenzen.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

- Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, Bürger, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung dabei zu unterstützen, grenzüberschreitenden Zugang zu digitalen Diensten zu erhalten,
- digitale IT-Bildungskurse für Mädchen und Jungen zu erarbeiten,
- digitale Kompetenzen in die Lehrpläne ab der Grundschule aufzunehmen,

- die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in der Hochschulbildung zu fördern,
- den offenen Zugang zur digitalen Bildung und zu IKT-Instrumenten zu gewährleisten,
- mit digitalen Unternehmen zusammenzuarbeiten, um Cyber-Mobbing zu unterbinden und „gutes Benehmen im Internet“ zu fördern,
- Entwicklungsziele für digitale Kompetenzen auf globaler Ebene zu fördern,
- den Schutz gefährdeter Gruppen im Internet zu garantieren, wobei insbesondere Kinder zu schützen sind, vor allem vor Missbrauch im Internet. Ein offenes und freies Internet für alle bedeutet nicht, dass es für das Internet keine Regeln gibt. Außerdem fordern wir mehr Finanzmittel für diesen Aspekt der digitalen Arbeit und eine eingehendere Analyse der kulturellen und sozialen Folgen einer digitalisierten Gesellschaft für unsere Bürger.

4. Schaffung eines digitalen, vertrauenswürdigen, fairen und verantwortungsvollen EU-Rechts

Europa kann den Mehrwert erhöhen, indem die Digitalisierung und das Internet in einem Umfeld gefördert werden, in dem das Internet allen Bürgern offen steht, sicher ist und von Unternehmen und KMU genutzt werden kann, um Produkte zu schaffen, Innovationen hervorzubringen, zu kommunizieren sowie Handel zu betreiben und so in der digitalen Wirtschaft genauso wirksam oder sogar noch wirksamer arbeiten zu können wie in der realen Welt.

4.1 Schaffung einer vertrauenswürdigen digitalen Union

Es ist wichtig, bei den Bürgern, Verbrauchern und Unternehmen Vertrauen in digitale Lösungen zu schaffen. Europas digitale Strategie muss ein Gleichgewicht zwischen IKT-Innovationen und dem Schutz der personenbezogenen Daten sowie der Privatsphäre der Bürger finden. Wir wollen mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten,

um die Verhandlungen über das Datenschutzpaket abzuschließen, damit rasch eine endgültige Einigung mit hohen Schutznormen erzielt werden kann. Bei allen neuen digitalen Technologien, mit denen Massendaten erfasst, gespeichert und genutzt (oder Algorithmen entwickelt) werden, ist die Privatsphäre zu schützen.

Die Sicherheit der elektronischen Kommunikation und elektronischer Netze ist entscheidend, wenn sichergestellt werden soll, dass die Bürger und Unternehmen – insbesondere KMU – dieser Technologie uneingeschränkt vertrauen. Darüber hinaus ist eine stärkere Koordinierung und operative Zusammenarbeit auf der Ebene der EU (sowie eine rasche Annahme der Richtlinie zur Cybersicherheit) und eine führende Rolle der europäischen Industrie erforderlich, um der zunehmenden Zahl von Cyberangriffen vorzubeugen und ihnen zu begegnen sowie ein hohes und einheitliches Schutzniveau auf dem gesamten Hoheitsgebiet der EU sicherzustellen.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

- das Datenschutzpaket zu verabschieden, das ein hohes Schutzniveau für die Bürger vorsehen muss,
- dafür zu sorgen, dass bei der Nutzung digitaler Technologien, mit denen Massendaten erfasst, gespeichert und genutzt (oder Algorithmen entwickelt) werden können, die Privatsphäre geschützt wird,
- Vertrauen zu schaffen, indem insbesondere für KMU und Kleinunternehmen die Sicherheit der Technologien für die elektronische Kommunikation und elektronische Netze gewährleistet wird,
- die Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit (Cybersicherheit) zu verabschieden, um für eine bessere Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung unerwünschter Cyberangriffe zu sorgen.

4.2 Zugang zu einem erschwinglichen und offenen Internet

Unsere Fraktion fordert ein elektronisches Kommunikationsnetz, damit den Unternehmen und Verbrauchern gerechte, (auch über Grenzen hinweg) zugängliche, erschwingliche, vernetzte und koordinierte Dienste angeboten werden können. Der Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation muss aktualisiert werden, damit der digitalen Innovation, den sich entwickelnden digitalen Bedürfnissen der Verbraucher, dem aktuellen Verbraucherschutz sowie dem grenzüberschreitenden Wettbewerb Rechnung getragen wird und die digitalen Bedürfnisse Europas unterstützt werden.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

- die Roaming-Gebühren für Endkunden innerhalb der EU abzuschaffen, und zwar auch für Daten,
- Rechtssicherheit für eine wirkliche Netzneutralität zu gewährleisten, wobei der gesamte Internetverkehr unabhängig von dessen Absender, Empfänger, Art, Inhalt, Gerät, Dienst oder Anwendung in gleicher Weise, diskriminierungsfrei und ohne Beschränkungen oder Eingriffe behandelt und das Verkehrsmanagement nur unter außergewöhnlichen Umständen und im Rahmen eindeutiger, gesetzlich festgelegter Grenzen zugelassen werden sollte,
- den Verbraucherschutz (sowie die Erbringung von Universaldiensten) zu verbessern, der in Rahmenbestimmungen für die elektronische Kommunikation aufgenommen werden muss,
- für eine stärker koordinierte Frequenzpolitik in Europa zu sorgen.

4.3 Ein gerechterer digitaler Binnenmarkt für die Verbraucher und Bürger

Die Verbraucherschutzbestimmungen und Grundrechte für die digitale Bereitstellung von Waren und Diensten sind zu fördern, zu achten und zu schützen. Es sollte ein gerechtes und transparentes Umfeld geben. Die geografische Diskriminierung gegen Verbraucher und unterschiedliche Zugangsbedingungen aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnortes der Empfänger von Waren und Diensten innerhalb des digitalen Binnenmarktes sind zwingend zu bekämpfen.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission auf,

- eine Überprüfung der Richtlinie zum elektronischen Handel und ihre Folgen für den Verbraucherschutz in Betracht zu ziehen und für ein gerechteres und innovationsfreundliches digitales Umfeld zu sorgen,
- die Einführung eines Gütezeichens für den elektronischen Handel in Betracht zu ziehen, die Richtlinie zur Durchsetzung zu aktualisieren und die Funktionsweise der vor kurzem umgesetzten Richtlinie zum Verbraucherschutz in der digitalen Wirtschaft genau zu überwachen,
- die Bestimmungen für „Cookies“ zu stärken, damit die Verbraucher tatsächliche Informationen über die möglichen Risiken erhalten und so ihre Zustimmung nach vorheriger Aufklärung geben können,
- ein europaweites Kennzeichnungssystem einzuführen, um die Verbraucher über die Leistung der Empfänger in Mobilfunkgeräten in Kenntnis zu setzen,
- dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten die Richtlinie über Formen der alternativen Streitbeilegung ordnungsgemäß und unter Berücksichtigung der Sprachvielfalt umsetzen, und die Plattform für die Online-Streitbeilegung so rasch wie möglich einzurichten,
- einen auf Innovationen und interoperable Lösungen ausgerichteten elektronischen Zustellungsdienst für einen wahrhaftig europäischen Zustellungsmarkt vorzuschlagen und dafür zu sorgen, dass die Zustellungskosten für Online-Einkäufe auf transparentere Weise berechnet

werden,

- die Wettbewerbsregeln der EU durchzusetzen, um eine übermäßige Marktkonzentration und den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung zu unterbinden und den Wettbewerb mit Blick auf gebündelte Inhalte und Dienste zu beaufsichtigen, und bei Bedarf die Einführung eines Rechtsrahmens für die Abkopplung von Suchmaschinen von anderen kommerziellen Dienstleistungen in Betracht zu ziehen.

4.4 Die Regeln der realen Welt sind auch in der digitalen Welt zu beachten

Die EU benötigt einen Rechtsrahmen, mit dem ein gerechtes, offenes, transparentes und wettbewerbsfähiges Umfeld für alle Wirtschaftsteilnehmer in Europa gefördert wird.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,

- die Geschäftspraktiken von Plattformen in der „Wirtschaft des Teiles“ zu überprüfen und die Annahme eines Rahmens für den Betrieb von Plattformen in der digitalen Wirtschaft in Betracht zu ziehen,
- auf der Anwendung und Durchsetzung der geltenden Verordnungen in den Bereichen Arbeitsrecht, Gesundheit, Sicherheit, Datenschutz und Verbraucherschutz zu bestehen,
- einzuräumen, dass für Anbieter von „Over-the-Top-Inhalten“ dieselben Vorschriften hinsichtlich Inhalt, Zugang, Schutz der Privatsphäre und Datenschutz gelten sollten, wenn sie vergleichbare Telekommunikationsdienste anbieten wie die Dienste, die derzeit in den Geltungsbereich der Telekommunikationsrahmenrichtlinie fallen,
- für eine koordinierte, gerechte und tragbare Steuerpolitik in der digitalen

Wirtschaft zu sorgen,

- die Steuersätze für digitale Inhalte an die der entsprechenden materiellen Waren anzupassen (z. B. E-Books).

4.5 Anpassung der Rechtsvorschriften an die digitale Welt

Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa spielt bei der Förderung der kulturellen Vielfalt eine entscheidende Rolle und ist ein wichtiger Faktor für die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen: Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftsaufschwung der EU. Die S&D-Fraktion drängt auf das richtige Gleichgewicht zwischen Verfassern, Künstlern, Produzenten, Vertriebern (online und offline) und Nutzern unter Berücksichtigung der Spannungen zwischen Zugang/Verbreitung und Schutz der kreativen Inhalte im Internet.

Die Urheberrechtsbestimmungen der EU sind nicht nur für die Förderung von Kreativität und Innovation entscheidend, sondern sie regeln auch den Zugang zu Wissen und Informationen, um Inhalte zu schützen. Durch die Digitalisierung wurde der Zugang zu geschützten Inhalten ohne ordnungsgemäße Vergütung geöffnet, und unsere Fraktion ist der Ansicht, dass die große Bedeutung der Urheberrechte für die Gewährleistung der kulturellen Vielfalt und der gerechten Vergütung sowie für die Förderung von Investitionen in die Kreativwirtschaft in neuen Vorschlägen ordnungsgemäß berücksichtigt werden muss.

Darüber hinaus wird durch das Geoblocking nicht nur die digitale Wirtschaft behindert, sondern die EU-Verbraucher werden vor allem dazu angeregt, Instrumente zur Umgehung der Verbote zu nutzen, durch die sie in die Kriminalität abrutschen können. Gleichzeitig sind die Exklusivität und die Territorialität grundlegende Elemente der Kulturpolitik jedes Mitgliedstaats, die eine gerechte Vergütung der Rechteinhaber ermöglichen.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission auf,

- die europäischen Urheberrechtsgesetze auf der Ebene der EU zu überarbeiten, um sicherzustellen, dass der öffentliche Zugang zu Kulturgütern unterstützt wird, gleichzeitig jedoch ausgewogene Lösungen für den Schutz der Urheberrechte und den Zugang der Nutzer, die gerechte Vergütung und die Förderung von Investitionen in den Kulturbereich gefunden werden,
- dafür zu sorgen, dass kreative Arbeitnehmer und Künstler ihre Rechte des geistigen Eigentums trotz der zunehmenden Kommerzialisierung von Kunst und Kultur behalten,
- Geschäftspraktiken zu überprüfen, durch die marktbeherrschende Stellungen missbraucht werden, um Inhalte ohne ordnungsgemäße Vergütung der Urheber zu verbreiten,
- das Problem des Geoblocking – einer Geschäftspraktik, durch die der Zugang zu kostenpflichtigen Inhalten oder Informationen in einem anderen EU-Mitgliedstaat blockiert wird – auf gerechte Weise zu lösen, da durch das Geoblocking nicht nur die digitale Wirtschaft behindert wird, sondern die EU-Verbraucher vor allem dazu angeregt werden, Instrumente zur Umgehung der Verbote zu nutzen, durch die sie in die Kriminalität abrutschen können.

4.6 Förderung einer tragbaren, inklusiven und umfassenden digitalen Politik

Das Internet ist per Definition global, und alle Bürger können einen Nutzen daraus ziehen. Die Digitalisierung ist ein Instrument, das Entwicklungsländern dabei helfen könnte, der Armut zu entkommen. Die Europäische Union muss dafür sorgen, dass auch globale Akteure und Partner in ihrer Innenpolitik berücksichtigt werden. **Auch das Thema Normen ist ein wichtiges Thema im globalen Wettbewerb.**

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten

- auf allen Ebenen ein inklusiveres, offeneres und transparenteres Modell der globalen Verwaltung des Internet durch verschiedene Interessenträger, die zur Rechenschaft gezogen werden können, fördern und stärken, wobei das ICANN-System rechenschaftspflichtiger und transparenter sein muss und sicherzustellen ist, dass es im allgemeinen öffentlichen Interesse betrieben und nicht durch private oder nationale Interessen beeinflusst wird,
- eine koordinierte Strategie für die Förderung europäischer Normen in internationalen Normungsausschüssen entwickeln,
- dafür sorgen, dass der erschwingliche Zugang zu Breitband-Infrastrukturen, der Zugang zum offenen Internet und die Bereitstellung digitaler Kompetenzen Teil der Millenniumsziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung sind.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Digitalisierung wird mit neuen Chancen und Herausforderungen für die europäischen Bürger in Form von neuen Kompetenzen, Arbeitsplätzen und einem Wirtschaftswachstum einhergehen und könnte den langersehnten europäischen Wirtschaftsaufschwung unterstützen, die interne und externe Wettbewerbsfähigkeit der EU verbessern und für die Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Integration durch die digitale Revolution sorgen. Als politischer Entscheidungsträger erkennt die S&D-Fraktion dies an und setzt sich dafür ein, die Digitalisierung zu einem Instrument zu machen, mit dem unsere Werte und politischen Prioritäten gefördert werden können.

Die S&D-Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, folgende Punkte in neue Rechtsvorschriften und Finanzierungsvorschläge aufzunehmen, um für die Verwirklichung einer digitalen Union zu sorgen:

1. Unterstützung für die Anpassung der sich verändernden industriellen und innovativen Basis der EU
2. Investitionen in digitale Infrastrukturen, elektronische Behördendienste und digitale Kompetenzen
3. Verpflichtung zur Schaffung von Arbeitsplätzen für alle, wobei auf den geltenden Vorschriften in den Bereichen Sozial- und Beschäftigungspolitik aufgebaut wird, um sich an die neuen Arbeitsmethoden anzupassen und die Finanzierung für Aus- und Weiterbildung zu fördern
4. Digitalisierung des Unionsrechts und Schaffung einer vertrauenswürdigen, gerechten und zuverlässigen digitalen Union durch die Verabschiedung der Datenschutzverordnung
5. Aufbau von Vertrauen, indem der Schutz der Bürger im Internet sichergestellt und insbesondere für KMU und Kleinunternehmen die Sicherheit der Technologien für die elektronische Kommunikation und elektronische Netze gewährleistet wird
6. Überarbeitung der europäischen Urheberrechtsgesetze auf der Ebene der EU, um sicherzustellen, dass der öffentliche Zugang zu Kulturgütern unterstützt wird, gleichzeitig jedoch ausgewogene Lösungen für den Schutz der Urheberrechte und den Zugang der Nutzer, die gerechte Vergütung und die Förderung von Investitionen in den Kulturbereich gefunden werden
7. Suche nach einer gerechten Lösung für das Geoblocking auf der Ebene der EU
8. Vorschlag eines gerechten, wettbewerbsfähigen und verbraucherfreundlichen Rahmens für alle Unternehmen, die auf dem digitalen Binnenmarkt tätig sind
9. erschwinglicher Internetzugang für alle Personen in der gesamten Europäischen Union



10. Sicherstellung einer koordinierten, gerechten und tragbaren Steuerpolitik in der digitalen Wirtschaft